

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3/20

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Demokratienotstand a.d. Ruhrbanania?

Weltwirtschaft vom Coronavirus deutlich geschwächt?

Der Mobilfunkkongress in Barcelona ist abgesagt, die Tourismusbranche und die Autoindustrie fürchten um ihre Umsätze: Das Coronavirus trifft die ohnehin schwächelnde Weltwirtschaft empfindlich. Nach Ansicht von Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, werden die wirtschaftlichen Folgen "jeden Tag dramatischer". Ein Abrutschen der Wirtschaft in eine Rezession sei nicht unwahrscheinlich. Automobilbau, Elektrotechnik und Pharma trifft es in Deutschland am stärksten. China liefert viele Grundstoffe für Medikamente. Deutsche Unternehmen haben große Niederlassungen in China, die bisher gute Gewinne machen. Wenn die einbrechen, wird sich das ebenfalls bei unserem Bruttoinlandsprodukt bemerkbar machen. Die weit verbreitete Hoffnung, die Pandemie werde die Weltwirtschaft nicht nachhaltig treffen, stellt sich zunehmend als falsch heraus.

Auch Radwege rechtfertigen keinen Umweltfrevl



Im Feb. 2017 wurden alle 40 Bäume auf dem Bahndamm der ehemaligen Güterstrecke am Stadthallenparkplatz gefällt. Auf der Bahntrasse wurde dann ganze 3 Jahre der Radschnellweg RS 1 weitergebaut und von der Fährstraße aus eine endlos lange Rampe zum RS 1 errichtet. Ob der RS 1 ab der Hochschule wie geplant weitergebaut werden kann, ist unklar. Dennoch

wurden gerade mind. 80 Bäume auf dem Stück südlich der Saarner Str. weggeholt. Und die SPD will auch noch einen Radweg durch das idyllische Horbachtal! Damit wäre unnötige Zerstörung vorprogrammiert!

Tollhaus Mülheim und seine wirklichen Notstände

Auch die Notstandsausrufung in Mülheim wegen des Weltklimas wurde veragt in einen Arbeitskreis. Es gibt sogar Menschen, die fordern, dass der Notstand eher für das dysfunktionale deutsche Bildungssystem mit seinem rapiden Qualitätsverlust ausgerufen werden müsste, (vgl. auch das Bild rechts)! Doch im hyper-überschuldeten Mülheim mit seinen vielen Irrwegen und Fehlplanungen wäre in Wirklichkeit ein Rundum-Notstand angesagt!



Eurogate, alias The Curve, Skandal ohne Ende seit 12 Jahren

The Curve im Duisburger Binnenhafen, ein wiederholt geplatzter Deal. Nur OB Link und seine "tapferen" Mannen haben wohl bis zuletzt noch geglaubt, was die "Developer" aus Düsseldorf ebenso tapfer verkündeten: Wir machen



weiter, wir wollen weiter machen, das wird was. Wenn nur das Wörtchen "wenn" nicht wäre! Wenn nämlich das Gelände wirklich baureif gemacht worden wäre, ja dann. Doch: "Aus für das 100-Millionen-Euro-Projekt: „The Curve“ ist gestorben" (Rheinische Post vom 19.2.) Das scheint nun Geschichte zu sein und war in Wirklichkeit auch nicht anders zu erwarten. Mal sehen, was die Stadt Duisburg den

"Developern" nun evtl. doch noch zahlen muss, denn es gab bestimmt noch Planungsausgaben, Vorverträge usw.

Auf den folgenden Seiten:

- Was genau führte 2017 zur VHS-Schließung? Mendack blieb Antworten auch Jahre später schuldig ..S. 2
- Eigentümerwechsel von „Schlüsselgrundstücken“ der Stadtentwicklung zwischen Hbf und Forum..... S. 3
- 8 Mio. aus dem Digitalpakt für Mülheim. MBI-Anregung dazu systematisch vertrödelt?! S.4
- MBI-Antrag zum Oesterwindweg soll nun umgesetzt werden S. 4

Einlegeblatt: Kirchturm pur, im bankrotten Mülheim/Ruhr? Bspl. Flughafen.

Der Fluchhafen Essen/Mülheim und die gefährdete kommunale Demokratie

Was genau führte 2017 zur überfallartigen VHS-Schließung? Mendack blieb Antworten auch Jahre später schuldig



Die VHS in der MüGa wurde in der Woche der Bundestagswahl 2017 überfallartig geschlossen, mit Brandschutzmängel begründet. Das aber war seit 2007 bekannt und die Behebung in einem detaillierten Gutachten 2012 aufgelistet, doch es geschah nichts, obwohl Jahr für Jahr seit 2008 2 Mio. € im Haushalt für VHS-Sanierung standen, aber Jahr für Jahr nicht abgerufen wurden. Die VHS sei löchrig wie Schweizer Käse wurde dann bei der abrupten Schließung 2017 behauptet

und es bestünde Gefahr für Leib und Leben, weshalb keine Sanierung bei laufendem Betrieb möglich sei. **Der Kernfrage, was denn genau im Sept. 17 an neuen lebensgefährdenden Gefahrenquellen entdeckt worden sei, wick die Verwaltung immer aus oder überspielte sie mit immer neuen angeblichen potenziellen Gefahren oder Schäden wie der absurden Behauptung, die Statik dieses unverhältnismäßig stabilen Gebäudes sei gefährdet.** Das vergaß man dann bald wieder, blieb aber stets dabei, das Gebäude müsse verammelt bleiben. Um Zeit zu gewinnen, ließ man ein aufwendiges Standortgutachten für alle theoretisch möglichen Standorte für VHS in Mülheim anfertigen. Darin wurde intensiv eine Totalsanierung des eigentlich intakten VHS-Gebäudes durchgerechnet und auftragsgemäß kam heraus, dies sei viel teurer als die Anmietung des als VHS wenig geeigneten ehemaligen AEG-Fabrikgebäudes an der Aktienstr. mit nur der Hälfte der Fläche der bewährten und beliebten VHS in der MüGa. Das überzeugte zwar die Ratsmehrheit, aber nicht die Mülheimer Bürger bei VHS-Bürgerentscheid, den Verwaltung und Ratsmehrheit mit allen Mitteln verhindern wollten, was dann vom Gericht korrigiert werden musste.

Doch auch nach dem eindeutigen Bürgerentscheid vom 6. Okt. für die VHS in der MüGa rückten Verwaltung und Ratsmehrheit nicht von ihrer Anti-VHS-Linie ab. Weiterhin wird dem VHS-Architekten jeglicher Zutritt zum Gebäude verweigert, weil er ein Brandschutzsanierungskonzept erstellen lassen will – auf seine Kosten! Im Rat am 5. Dez. 19 verschob die große Ratsmehrheit mit durchsichtigem Manöver die Wiederinbetriebnahme der VHS auf St. Nimmerlein.

**Bürgerentscheid
am 6. Oktober**



Stimmen Sie mit JA!

Unabhängig von der unwürdigen Missachtung des Bürgerwillens durch Rat und Verwaltung bleibt die gesamte VHS-Saga in verschiedenen Aspekten ein Riesenskandal.

Die MBI hatten für den zuständigen Finanz- und Immobilienausschuss am 10. Feb. einen ausführlichen Fragenkatalog eingereicht. Auf die wichtigsten Fragen blieb der Kämmerer erneut die Antwort schuldig. Zur Verdeutlichung z.B. Frage 2c und die „Antwort“, die für sich spricht.

Frage: „Wer würde die Kosten tragen, die durch die sofortige Schließung verursacht wurden, falls sich diese im Nachhinein als unbegründet herausstellen würde?“

Antwort: **„Die Schließung war ohne jeden Zweifel alternativlos. Die Beantwortung der Frage ist daher obsolet.“**

Und zur Frage 2a: "Was wurde während der Bauarbeiten festgestellt, das nicht bereits im Brandschutzgutachten aufgelistet wurde und somit seit 2007 bekannt war?"

Antwort u.a.: "Um insbesondere eine Überprüfung der Lüftungsanlagen vornehmen zu können, wurden auf Veranlassung des ImmobilienService die Zwischendecken im Gebäude geöffnet. Hierbei wurde festgestellt, dass das Ausmaß der offenen Kabel- und Installationsführungen, nicht sachgemäß abgeschotteter Wanddurchbrüche und fehlender Brandschutzklappen in den Lüftungsanlagen deutlich größer ist, als zunächst erwartet. Für eine fachliche Beurteilung wurde von Seiten des ImmobilienService der Stadt Mülheim an der Ruhr die Berufsfeuerwehr Mülheim hinzugezogen. Die Berufsfeuerwehr Mülheim äußerte zu dieser Situation Sicherheitsbedenken. Infolgedessen wurde am 18.09.2017 ein gemeinsamer Ortstermin mit der Bauaufsicht durchgeführt. Hierbei wurden die gravierenden Brandschutzmängel im Gebäude der Volkshochschule festgestellt"

Die von Vielen seit Jahren geäußerte Vermutung liegt nahe, dass es bei der gesamten VHS-Geschichte seit 2013 hauptsächlich um das hochattraktive Grundstück am Rande des Parks der einstigen Mülheimer Gartenschau MüGa geht, weshalb das denkmalgeschützte VHS-Gebäude verschwinden müsste.

Eigentümerwechsel von „Schlüsselgrundstücken“ der Stadtentwicklung zwischen Hauptbahnhof und Forum



Als „ein Schlüsselgrundstück“ der Stadtentwicklung sehen die neuen Eigentümer das Areal der Hauptpost zwischen Bahnhof und Forum. Im Dezember hatte eine Spekulantenfirma mit Sitz im bayrischen Rain das 11.000 qm große Gelände erworben, nachdem sie vorher bereits das Gelände daneben mit Spardabank, städtischer Sozialagentur und Easy Software AG gekauft hatten. Sie sind also die Herren rund um den Mülheimer Hauptbahnhof. Was auch immer die

„Investoren“ vorhaben, es ist hochspannend und die städtischen Planungen stehen dabei mitten im Fokus. Zur Erinnerung: Ca. aus 2004/5 gibt es den immer noch gültigen Beschluss, auf dem Gelände der Post einen zentralen Busbahnhof zu errichten, in Kürze soll der Übergang zwischen Hbf. und Forum abgerissen werden, auch die beschlossene Niederlegung der Hochstr. Tourainer Ring auf der anderen Hbf-Seite wartet zum Glück seit Jahren auf Umsetzung und überhaupt ist in Wirklichkeit nichts geklärt, wie ein zukünftiges ÖPNV-Konzept im Mülheimer Totalchaos überhaupt aussehen könnte, genauso wenig wie im Individualverkehr. Da viele Millionen Fördergelder zu winken scheinen, um Verkehrswende zu gestalten, haben sich die Spekulanten bereits die geeigneten Flächen vorher an Land gezogen. Vorerst aber faseln sie in der WAZ noch von Hotel oder Büros (haha!), während die Post beruhigt.

MBI-Eilantrag vom 8.1.20 für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität am 14.01.2020, verschoben in den Ausschuss am 11.2.20

(Antworten der Verwaltung auf die MBI-Fragen unten in fett+kursiv direkt unter der jeweiligen Frage)

1.) Wem gehörten die beiden Grundstücke von Hauptpost und „Easy-Türmen“ vorher? Bis wann?

Die Verwaltung informiert nicht in öffentlicher Sitzung über Eigentumsverhältnisse

2.) Ist die Stadt vor dem jeweiligen Verkauf der beiden sensiblen Grundstücke kontaktiert worden?

a) Wenn ja, - von wem, dem Verkäufer oder dem Erwerber? Als Planungsbehörde oder nur als Mieter etwa der Sozialagentur? - Musste die Stadt eine Zustimmung erteilen und wenn ja, wofür genau? - Inwieweit hätte jeweils die Möglichkeit eines Vorkaufsrechts für die Stadt bestanden? Wurde das geprüft und warum hat die Stadt ggfs. jeweils darauf verzichtet?

b) Wenn nein, wieso nicht?

Die Verwaltung ist vor dem Verkauf der Grundstücke von Kaufinteressenten kontaktiert worden. Es haben Gespräche im Amt 61 stattgefunden. Im Bebauungsplan ist eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Bundespost“ festgesetzt. Insofern bestand ein Vorkaufsrecht zum Entschädigungswert für die Stadt Mülheim an der Ruhr (§ 24 BauGB), allerdings nur für den o.g. Zweck. Insofern wurde von dem Vorkaufsrecht kein Gebrauch gemacht. Ohnehin hätten hierfür keine Finanzmittel zur Verfügung gestanden.

3.) Gab es bereits Gespräche mit den Investoren über zukünftige Nutzungen der beiden Schlüsselgrundstücke? Sind solche zumindest geplant? Wenn ja, mit welchen Zielvorstellungen seitens der Stadt? **Amt 61 hat in den Gesprächen deutlich gemacht, dass die Entwicklung eines Büro- und/oder Hotelstandorts als sinnvoll erachtet wird. In jedem Fall ist eine Änderung des Bebauungsplans erforderlich, da aktuell nur die Nutzung als Postdienststelle zulässig ist. Die Stadt kann insofern die weitere Entwicklung steuern.**

4.) Der Übergang zwischen Hbf und Forum soll noch in diesem Jahr vollständig neu umgestaltet werden.

Welche anderen Vorüberlegungen, Planungen usw. gibt es seitens der Stadt außerdem bereits jetzt?

Wenn noch nicht, wie und wann könnte oder sollte ein solcher Prozess in die Wege geleitet werden?

Im Zuge des Umbaus der Haltestelle Hauptbahnhof durch die Ruhrbahn werden sich die Zugänge zur Haltestelle sowie zum Busbahnhof und damit auch die Laufwege im Umfeld verändern. Daher müssen voraussichtlich die umliegenden öffentlichen Flächen neu konzipiert werden (Straße „Am Hauptbahnhof“). Sollte sich eine Neuentwicklung des „Post-Areals“ konkretisieren, ist es sinnvoll, auch dies aufeinander abzustimmen.

Problematisch ist, dass die Verwaltung, statt Post einen Büro- und/oder Hotelstandort sinnvoll findet. **Das passt zu dem chaotischen und unausgegorenen ÖPNV-(Nicht-)Konzept der Stadt Mülheim**

8 Millionen € aus dem Digitalpakt für Mülheim: MBI-Anregung dazu systematisch verdrödeln?!

Gelder aus dem Digitalpakt: Die Zeit drängt und Mülheim pennt?

Ipads im Unterricht? In Mülheim mangelt es laut WAZ oft schon am W-Lan. Über acht Millionen Euro stehen für Mülheim im Digitalpakt bereit. Derzeit melden Schulen ihren Bedarf. So die WAZ am 22. Februar: "Digitalpakt: An Mülheims Schulen scheitert es schon am W-Lan"

Es ist leider keine Überraschung, dass Mülheim auch dabei zu viel Zeit unnötig verdrödeln hat.

Zur Erinnerung: Am 15. März 2019 wurde der sog. Digitalpakt auch im Bundesrat beschlossen. Der Bund stellt über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, davon in dieser Legislaturperiode 3,5 Milliarden Euro, also bis Herbst 2021. Zusammen mit zusätzlich vereinbarten Landesmitteln stehen insgesamt mindestens 5,5 Milliarden



Euro zur Verfügung. Rein rechnerisch bedeutet dies für jede der ca. 40.000 Schulen in Deutschland im Durchschnitt einen Betrag von 137.000 Euro oder umgerechnet auf die derzeit ca. 11 Millionen Schülerinnen und Schüler eine Summe von 500 Euro pro Schüler.

Um den Prozess zur Beantragung der Gelder unverzüglich anzustoßen, reichten die MBI bereits am 18. März 2019 einen Fragenkatalog im zuständigen Bildungsausschuss ein. Die Reaktionen im Ausschuss aber waren hochgradig enttäuschend. Die Schulverwaltung hatte sich mit dem Digitalpakt noch nicht befasst, obwohl der seit Monaten dauernd in der öffentlichen Diskussion gewesen war. Auch die Bildungspolitiker aller Mülheimer Vertreter/innen im Bildungsausschuss zeigten sich wenig interessiert und sie begnügten sich mit der Aussage der Verwaltung, dass man erst einmal abwarten wolle, welche Vorgaben es aus Düsseldorf gäbe. Und so verstrichen dann wieder Monate, ohne dass die nötigen Vorarbeiten vor Ort in Angriff genommen wurden.

Im Bildungsausschuss Ende März 2020 will nun der Dezernent, der ja bekanntlich vor 1 Jahr noch nicht im Amt war, d.h. z.T. entschuldigt ist, erste Ergebnisse der Bestandsaufnahme inkl. der Wünsche der Schulen vorstellen. Daraus soll dann ein Medienentwicklungsplan aufgestellt werden, damit die Gelder dann irgendwann beantragt werden können.

Liest man die Aussagen verschiedener Mülheimer Schulleiter in dem o.g. WAZ-Artikel, so ist die bisherige digitale Ausstattung durch die Bank sehr schlecht oder wie es eine Schulleiterin bemerkte "absolut in der Steinzeit". Das war vor 1 Jahr nicht anders, so dass die Schulverwaltung spätestens sofort nach dem endgültigen Beschluss des Digitalpakts mit der Bestandsaufnahme hätte beginnen müssen, und zwar mit Voll-dampf!!! Genau das wollten die MBI anstoßen, doch wie so oft interessierte das in Mülheim wenig, Hauptsache alles ging weiter in seinem quasi-sozialistischen Gang!

Wenn die Damen und Herren in der Ruhrstadt nicht bald aufwachen, dann fährt auch noch der Zug in der Bildungslandschaft an der einst "sympathischen Stadt a.d. Ruhr" ohne Halt voll vorbei wie u.a. beim ÖPNV, bei der VHS trotz großem Bedeutungszuwachs, bei Verkehrsführung, bei Innenstadtattraktivität,

Unverträgliche Bebauungswünsche am Oesterwindweg: MBI-Antrag soll umgesetzt werden. Es geht doch!

Am einem Wochenende Mitte Jan. 2020 gründete sich die Bürgerinitiative "Stoppt die Renditejagd am Siepental in Mülheim-Menden" Der MBI-Eilantrag dazu wurde im Planungsausschuss am 21.1.20 als TOP 4 aufgenommen und die Verwaltung versprach, schnell Gespräche mit dem Investor und der BI zu führen, um noch ein Abspecken der Bauanträge zu erwirken. Daraufhin stellten die MBI ihren Antrag zurück, um die Abstimmung über eine B-Plan-Änderung ggfs. wieder vorzulegen, wenn die Gespräche ergebnislos waren. Im Rat am 13.2. fragte der MBI-Sprecher nach, wie der Stand der Dinge zum Oesterwindweg sei. Dezernent Vermeulen berichtete von Gesprächen mit dem Investor und mit Anwohnern, doch die Vorstellungen seien nicht unter einen Hut zu bringen. Deshalb werde zusammen mit der BV 1 am 9.3. eine Sondersitzung Planungsausschuss angesetzt, um eine Änderung des B-Plan zu beschließen.

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Kirchturm pur, im bankrotten Mülheim/Ruhr? Bspl. Flughafen Der Flughafen Essen/Mülheim und die gefährdete kommunale Demokratie

Der Fluglandeplatz Essen-Mülheim (2/3 auf Mülheimer, 1/3 auf Essener Gebiet) liegt nur wenige km entfernt vom Düsseldorfer Flughafen. Seit das Land ausgestiegen ist, zahlen beide Städte je 500.000 € jährlich, um den „Airport ohne Düse“ aufrecht zu erhalten. Dennoch träumen seit Jahrzehnten vor allem Mülheimer Lokalpolitiker davon, wenigstens einen Regionalflughafen daraus zu machen, wenn schon ein Weltflughafen nicht so schnell geht. 1994 bereits hatten beide Städte den Ausstieg beschlossen. Das konnte nicht umgesetzt werden, weil die davor allein herrschende Mülheimer SPD mit dem von der Stadt hoch subventionierten Hobbyverein des Aeroclubs einen Vertrag bis 2034 abgeschlossen hatte, mit dem die Segelflieger den Fluglandeplatz nutzen dürfen. 2001 änderte der Mülheimer Rat mit den Stimmen von SPD+FDP+1 nachweislich gekauften Überläuferstimme (mehr siehe* ganz unten) den Ausstiegs- in einen Ausbaubeschluss. Der war aber logischerweise nicht umsetzbar, weil die beiden anderen Gesellschafter (damals Stadt Essen und Land NRW) nicht mitspielten. Das jahrelange Dauergeplänkel mal weggelassen, wurde dann 2010 mit klarer Mehrheit auch in Mülheim der einstige Ausstiegsbeschluss erneuert.



2016 beschlossen dann Essen und Mülheim – das Land war gerade als Gesellschafter ausgestiegen – ein aufwendiges gemeinsames Masterplanverfahren für das Gelände nach 2024. Der wird aber wegen etlicher inszenierten Verzögerungen erst Mitte 2021 abgeschlossen sein. Nun beschloss der Mülheimer Rat erneut den Weiterbetrieb des Landeplatzes bis mindestens 2034 mit Ausbau für Düsenflüge inkl. des zugehörigen Instrumentenlandessystems. Die Stadt Essen wurde wieder einmal „unfreundlich behandelt“, s.u..

Wie konnte das passieren, hatten doch auch nach der letzten Kommunalwahl 2014 die Flughafen-Befürworter von SPD, FDP und AfD nur eine deutliche Minderheit (24 oder vielleicht 25 von 54) im Mülheimer Rat. Ein sich bundesweit epidemisch ausbreitender Virus hatte nämlich auch die kommunale Mülheimer Demokratie massiv befallen: Der Corona-ähnliche Überläuferbazillus, im Volksmund auch „Bäumchen, wechsel-dich-Spiel“ genannt. 2 für andere Parteien oder Gruppierungen Gewählte waren zur SPD gewechselt und 6 zu den beiden aus den AfD-Trümmern hervorgegangenen Ratsfraktionen, die genau wie SPD+FDP für striktem Flughafen-ausbau sind. Bevor nun die Kommunalwahlen im Sept. 2020 „falsch“ ausgehen könnten, wurde also schnell noch der erneute Flughafen-ausbaubeschluss mit der nicht vom Wähler bestimmten Mehrheit von 31 Ratsstimmen gefasst.

Aus dem Flughafen-ausbau wird auch dieses Mal alleine schon wegen der sehr hohen dafür nötigen Investitionen nix werden können, selbst wenn man vernachlässigt, dass Mülheim hyperpleite ist und unangefochten mit ca. 11.500 € die Spitze der Pro-Kopfverschuldung aller NRW-Städte einnimmt und noch schlimmer, bundesweit mit großem Abstand die absolut höchste auch bilanzielle Überschuldung von über 600 Millionen € bei 172.000 Einwohnern aufweist.

Als Aufhänger genau wie 2001 und erneut bei einem gescheiterten Versuch 2008/9 diente das Zeppelin-Unternehmen WDL auf dem Mülheimer Flughafenteil, das für seine untergenutzte Luftschiffhalle einen Erbbaupachtvertrag bis 2024 hatte, zu sehr günstigem Pachtzins. Die WDL will nun die Zeppelinhalle als Eventhalle umbauen und evtl. dazu ein Museum errichten. Mehr s.u.

Mehrere Dinge sind anzumerken bei dem, was der Mülheimer Rat am Donnerstag, dem 13.2.20, mit nun deutlicher Mehrheit beschloss:

1. Eine typische Kirchturmsentscheidung, womit geordnete Zukunftsentwicklung in der Krisenregion Ruhrgebiet verunmöglicht wird, denn:

2. Das mühsam begonnene gemeinsame Masterplanverfahren beider Städte war nun im wesentlichen nur für die Tonne. Als Placebo kann ja jetzt weiter gemacht werden, halt nicht mehr für ab 2024, sondern nur noch für nach 2034, d.h. wahrscheinlich 3 Kommunalwahlen nach der bevorstehenden dieses Jahr.

Dabei ist das Flughafengelände das größte und auch noch interkommunale, wo zukunftsgerichtete Planung in ökologische und ökonomische Projekte noch möglich wäre.

3. Eine regelrechte Katastrophe für die ohnehin kränkelnde Demokratie, weil der Wahlausgang nichts mehr wert ist, wenn die Gewählten sich danach verselbständigen, ihre Mandate mitnehmen und sich danach an nichts mehr gebunden fühlen, wofür sie gewählt wurden.

WAZ Essen, 11.2.20: **Flughafen: Essen sieht sich von Mülheim übers Ohr gehauen**
Die Stadt Mülheim will den Vertrag mit dem Luftschiffunternehmen WDL vorzeitig verlängern. Damit wäre ein Schritt getan, um den Flughafen Essen-Mülheim weiterzubetreiben und später für größere Flugzeuge zu öffnen. Mülheim will den Vertrag mit der Firma WDL verlängern. Essens Planungsdezernent nennt das einen „unfreundlichen Akt“ und missbilligt das Konzept.....

Anm. zum Luftschiffunternehmen WDL: Die Zeiten für Zeppeline sind vorbei!



Vor Jahren wollte die WDL z.B. in größerem Maße in Afrika Luftschiffe einführen, ging aber trotz etlicher „Entwicklungshilfe“ voll in die Hose. Bei den olympischen Spielen in Peking hoffte man lange darauf, die Chinesen würden Zeppeline in großem Maße einsetzen. Wurde nix daraus, weil es den Chinesen zu gefährlich war.

Und dann die Riesenpleite des Projekts „Cargolifter“ für Brandenburg, jenem scheinbar visionären System, in dem Zeppeline schwere Lasten transportieren sollten. Es landete in der Pleite. In die dafür errichtete riesige Freilufthalle ist der Freizeitpark Tropical Islands eingezogen. Nach 18 Jahren wurde das Cargolifter-Insolvenzverfahren abgeschlossen. 40 Mio. € hatten Land und Bund in das Großprojekt gesteckt, teilte das brandenburgische Wirtschaftsministerium mit.

Die WDL in Mülheim versprach als Lockmittel für die Ratsentscheidung, in den nächsten drei Jahren bis zu 12 Mio. € in den Umbau der Luftschiff-Garage am Fluglandeplatz Essen/Mülheim zu einer transparenten „Eventhalle“ für Veranstaltungen für bis 700 Personen mit angeschlossenem Museum zu investieren. Geschäftsführer Peylo zu BILD: „*Theo ist ein Wahrzeichen und eines von sechs verbliebenen Luftschiffen weltweit. Das wollen wir würdigen.*“ Nach einem Regionalflughafen hört sich das nicht an.

*** Zur Erinnerung an die Vorgeschichte der Mülheimer Alleingänge zum Flughafen**

1999 war das Hauptwahlkampfthema in Mülheim der Flughafen.. Die SPD hatte zwar ihren Beschlusslage aus 1994 zur Schließung nicht geändert, kämpfte aber vehement für einen Flughafenausbau und das zusammen mit der FDP. Doch beiden zusammen fehlte im Rat 1 Stimme zur Mehrheit und weil die CDU mit OB Baganz gegen einen Ausbau war, wurde auch der SPD/FDP-Ratsantrag abgelehnt, den Schließungsbeschluss des Rates aufzuheben und den Ausbau zu forcieren. (Baganz gewann übrigens die Stichwahl gegen den SPD-Kandidaten Schroer knapp und mit dem Flughafenthema! Neben CDU stimmten die Grünen und die auf Anhieb in den Stadtrat gewählte MBI gegen den Flughafenausbau)

Im Juli 2001 wechselte der mit Geld und Job als Leiter der MEG-Vergärungsanlage gekaufte Yassine von den MBI zur SPD. Im Sept. 2001 stellte die dann berufene „strategische Allianz“ von SPD+FDP direkt im Sept. den Antrag 1.) die WDL-Verträge bis 2024 zu verlängern und 2.) den Flughafenausbau voranzutreiben. Das wurde per Überläuferstimme dann beschlossen. (Dass es bis 2008 dauerte, bis der berufs-unerfahrene Yassine mit auch noch gefälschtem Diplom die ins finanzielle Desaster getriebene Vergärungsanlage verlassen musste, war darin begründet, dass er gedeckt wurde, bis er einen SPD-internen Machtkampf mit dem Fraktionsvorsitzenden Wiechering vom Zaun brach. Vorher wollte niemand auf die mehrfach geäußerten MBI-Erkenntnisse auch nur eingehen. Nur am Rande sei erwähnt, dass die Vergärungsanlage dann wenig später ganz geschlossen wurde, ein Verlustgeschäft von ca. 20 Millionen €)